

Medienmitteilung

Thema	Nachtleben - Paradigmenwechsel beim Lärmschutz
Für Rückfragen	Kathrin Bertschy (Nationalrätin): 078 667 68 85 Claude Grosjean (Stadtrat): 079 652 80 20
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail: bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	30. Mai 2012

Stadtberner Grünliberale fordern im Nationalrat für Stadtzentren Lärmschutzvorschriften, die Wohnen und Nachtleben nebeneinander zulassen

Die Stadtberner Nationalrätin Kathrin Bertschy (glp) fordert, dass die Lärmschutzvorschriften des Bundes an die heutige Nutzung der Innenstädte angepasst werden: Die Kantone sollen neu die Möglichkeit bekommen, in Urbanzonen Wohnen und ein zeitgemässes Nachtleben nebeneinander zuzulassen. Keine Lockerung der heutigen Vorschriften soll bezüglich des Verkehrs- und Industrielärms gelten. Die Grünliberalen Stadt Bern erwarten, dass die Gemeinderäte Alexander Tschäppät und Regula Rytz das Anliegen im Nationalrat unterstützen.

Die in der Stadt Bern laufende Diskussion betreffend Nebeneinander von Wohnen und Nachtleben hat aufgezeigt, dass die Lärmschutzverordnung des Bundes den Kantonen und Gemeinden kaum Spielraum lässt: Insbesondere während der Nachtzeit zwischen 22 und 7 Uhr schafft das Bundesrecht zurzeit für alle Wohnzonen einen absoluten Anspruch auf Stille. Dies ist mit der heutigen Nutzung von Stadtzentren kaum vereinbar, sollen nicht nach Ladenschluss überall die Lichter ausgehen und somit regelrechten Geisterstädten Vorschub geleistet werden.

Ein weiteres Problem der geltenden Lärmschutzvorschriften sehen die Grünliberalen Stadt Bern darin, dass selbst wenn keine Lärmbeschwerden eingehen, die Vollzugsbehörden verpflichtet sind, den Lärmgrenzwerten zum Durchbruch zu verhelfen. Somit werden selbst Zonen lärmberuhigt, deren Anwohnende ein belebtes Quartier gerade schätzen. Dies führt für Betreiber/innen von Kulturlokalen zu einer grossen Rechtsunsicherheit und stellt ein unternehmerisch nicht kalkulierbares Risiko dar.

Nationalrätin Kathrin Bertschy (glp) wird deshalb in der Sommersession im Nationalrat eine Motion einreichen, die den Bundesrat auffordert, dem Parlament eine Änderung des Umweltschutzgesetzes zu unterbreiten, sodass in einer kantonalen Nutzungszone (z.B. Urbanzonen) je nach Lärmquelle unterschiedliche Toleranzwerte gelten können. Höhere Toleranzwerte sollen in Bezug auf die Urbanfunktion der Zone hinsichtlich des nächtlichen Lärms verursacht durch Menschen sowie Kultur- und Gastrobetriebe Anwendung finden, nicht jedoch für Industrie- und Verkehrslärm.

Die Grünliberalen Stadt Bern erwarten für diesen Vorstoss im Nationalrat auf die volle Unterstützung des Berner Stadtpräsidenten und Nationalrats Alexander Tschäppät (SP) und der Berner Gemeinderätin und Nationalrätin Regula Rytz (GB) zählen zu können.

Stadtrat Claude Grosjean meint dazu: „In der Vergangenheit hat der Gemeinderat mehrfach betont, dass sein Spielraum aufgrund von Bundesrecht beschränkt sei. Nun zeigt Nationalrätin Kathrin Bertschy einen Weg auf, diesen Spielraum zu vergrössern. Da müssen unsere Gemeinderäte im Nationalrat unbedingt die Interessen der Stadt vertreten.“

Die Forderung der Motion im Wortlaut

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung des Umweltschutzgesetzes zu unterbreiten, sodass in einer kantonalen Nutzungszone (welche beispielsweise als Urbanzone definiert werden kann) je nach Lärmquelle unterschiedliche Toleranzwerte gelten können. Höhere Toleranzwerte sollen in Bezug auf die Urbanfunktion der Zone hinsichtlich des nächtlichen Lärms verursacht durch Menschen sowie Kultur- und Gastrobetriebe gelten. Keine höheren Toleranzwerte sollen für den Industrie- und Verkehrslärm zur Anwendung kommen.